

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

26.9.1923 (No. 223)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Bersprecher:
Nr. 953
und 954
Festschleifer:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangeleg.
Chefredakteur
C. K n e d,
Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 24.-29. September 6 700 000 M. — Einzelnummer 3 000 000 M. — Anzeigengebühr: 50 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Einschickung heute 30 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, wenn keine Besondere Vereinbarung mit dem Verleger erfolgt, ist der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dem unserer Verlegerin hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpöbnet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsfluß erfolgen.

Die Einstellung des passiven Widerstandes

Nachdem einmal das Unglück geschehen war, daß man die Franzosen ins Ruhrrevier hereinließ, war der passive Widerstand für uns eine Frage der nationalen Ehre. Und über diese Frage läßt sich nicht diskutieren. Wir mußten, nachdem uns eine ungeschickte Politik an den Rand des alles verschlingenden Trichters herangeführt hatte, um der nationalen Ehre willen auch hineinpringen und können jetzt froh sein, wenn wir einigermassen heil aus der Geschichte wieder herauskommen.

Denn — wir betonen es nochmals — der passive Widerstand war zumal so, wie er praktisch geführt wurde, das miserabelste Geschäft, in das sich je ein Volk eingelassen hat. Daß gilt sowohl für die äußere Politik, wie für die innere und die Finanzpolitik. Am schlimmsten aber hat sich das Unternehmen an unseren Finanzen gerächt.

Wie oft konnte man in den Jahren 1920, 21 oder 22 hören, daß wir jetzt finanziell am Ende seien, daß uns das wirtschaftliche Chaos unmittelbar bevorstehe, ja, daß wir schon mitten im Abgrund seien. Damals hätte es wohl niemand für möglich gehalten, daß sich dieser angeblich chaotische Zustand im Jahre 1923 noch um ein wenig verschlimmern könnte. Man mag daraus ersehen, daß die Widerstandskraft eines Volkes doch viel größer ist, als allgemein angenommen wird, und man kann daraus weiter entnehmen, daß vergleichsweise der Pessimismus der vergangenen Jahre, vor allem der des Jahres 1922, in seiner übertriebenen Form sicherlich nicht berechtigt war. Damals hätte sich mit gutem Willen, d. h. wenn alle Schichten unseres Volkes, also auch die Reichen, mitgemacht hätten, noch manches zum Heile unseres Volkes vollbringen lassen, was heute, im Augenblick so gut wie ausgeschlossen ist.

Wie jetzt immer mehr bekannt wird, war der eigentliche Regent Deutschlands während der letzten 10 Monate nicht etwa der Mann, der dem Reichskabinet seinen Namen gab, sondern Herr Helfferich. Nichts kann die grauenvolle politische Zustimmungslosigkeit unseres Volkes besser kennzeichnen, als diese Tatsache. Denn, wenn es überhaupt noch neben Ludendorff einen Mann gibt, der uns während des Krieges geschadet hat, wenn überhaupt eine Persönlichkeit namhaft zu machen ist, die letzten Endes das ganze Finanzelend Deutschlands verschuldet hat, so ist es Herr Helfferich. Und ausgerechnet dieser Mann hat, ohne daß der Reichstag auch nur einen Finger zu rühren wagte, teils vorne, teils hinten herum die Politik des Kabinetts Cuno entscheidend beeinflusst. Derselbe Mann hat aber auch noch in den letzten Wochen nach dem Rücktritt dieses Kabinetts eine Rolle spielen dürfen, wie sie in einem Volke, das politische Vernunft besitzt, einfach undenkbar wäre.

Und so hat denn wohl das Geschick seinen Lauf nehmen müssen. Erst der furchtbarste Zusammenbruch, erst der erneute Verlust eines Krieges, diesmal eines Krieges ohne Waffen, hat der Mehrheit des Volkes darüber die Augen zu öffnen vermocht, daß wir wieder einmal schlecht geführt und schlecht beraten gewesen sind. Gewiß läßt das politische, amoralische und materielle Elend dieser Tage nur in einem Bruchteil des Volkes, d. h. nur in feilen, feilen Menschen, eine ruhige und besonnene Betrachtungsweise aufkommen. Und zweifellos ist auch dieses Elend daran schuld, daß wir so gar nicht mehr auf den grünen Zweig kommen können. Aber daneben ist es vor allem die politische Zustimmungslosigkeit, der Hang zu kindlicher Trümmerei, die Reizung zu einer gefühlsmäßigen Betrachtung der Dinge, die es dahin gebracht haben, daß wir erst den Schrecken dieser letzten 10 Monate erleben mußten.

Wir wollen damit das Kapitel über das Thema „Reichskabinet Cuno“ schließen und uns nur noch die eine Bemerkung gestatten, nämlich die, daß alle früheren Kabinetts sich im wesentlichen aus Männern zusammensetzten, die unter dem alten System unter keinen Umständen Minister oder Staatssekretäre geworden wären, daß dagegen das Kabinet Cuno mit seinen wirklich marfanteren Mitgliedern auch unter dem alten System denkbar gewesen wäre. Vielleicht zieht der Reichstag einmal aus dieser Tatsache, die ja zu mancherlei Schlüssen einladet, auch seinerseits die Nutzenwendung.

Der passive Widerstand muß abgebrochen werden, weil wir sonst an seiner Fortsetzung zugrunde gehen, und

zwar schon in aller nächster Zeit. Die Vertreter von Rhein und Ruhr, mit Ausnahme der Deutschnationalen, haben der Auffassung der Reichsregierung zugestimmt, und das Gleiche hören wir jetzt von den Ministerpräsidenten der Länder. Hier ist sogar eine völlige Übereinstimmung erzielt worden. Wie die Blätter melden, hat auch der bayerische Ministerpräsident zugestimmt.

Wir sind jetzt ganz auf die Verhandlungen mit Frankreich angewiesen und können nur hoffen, daß Frankreich jetzt, nachdem seine Vorbereitungen erfüllt sind, wenigstens mit einiger Vernunft u. Mäßigung an die weitere Regelung der Dinge herangehen wird. England wird sich an dieser Regelung beteiligen u. sicherlich, soweit die wirtschaftliche Vernunft in Betracht kommt, für eine Politik der Mäßigung eintreten. Ob es damit bei Frankreich Glück haben wird, ist eine andere Frage.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die jetzt in London mit allem Nachdruck unternommene und auch von neutralen Beobachtern bestätigte Tatsache, daß die britische Regierung offiziell dem deutschen Volschaffer in London immer wieder und wieder erklärt hat, daß Deutschland auf eine aktive Hilfe in seinem Kampf nicht rechnen könne, und daß es deshalb rassem sei, diesen Kampf möglichst bald zu beendigen. Ob der Volschaffer in diesem Sinne nach Berlin berichtet hat, wissen wir nicht. Aber es ist wohl anzunehmen, daß er der Wahrheit entsprechend berichtet hat. Beachtet worden sind seine Berichte jedenfalls nicht. Denn sonst wäre eine Fortsetzung des passiven Widerstandes — zumal in Formen, die schon auf der Grenze zwischen passivem und aktivem Widerstand liegen — unmöglich gewesen.

Für das deutsche Volk gilt jetzt nur das Eine: im Innern die Ruhe und Ordnung zu bewahren und sich der neuen Situation so anzupassen, daß nicht noch schlimmeres geschieht. Wir brechen den passiven Widerstand ab, um uns zu retten, und um endlich mit Frankreich zu einem Arrangement zu gelangen, das uns wieder langsam hochkommen läßt. Wer heute die öffentliche Ordnung stört, wer heute mit Putzschabjichten herumgeht, der besorgt damit die Geschäfte Frankreichs. Denn das will ja gerade Frankreich und das braucht es ja gerade für seine Politik, daß wir ewig uneins sind, daß wir uns ewig untereinander bekämpfen.

Daß Putzsch ab sich keinen dauernden Erfolg haben werden, daß die Staatsautorität fest genug ist, um sie zu vereiteln, davon sind wir überzeugt. Aber sie würden neuen unermesslichen Schaden im Innern anrichten und Frankreich neue, höchst willkommene Vorwände liefern. Wer also wirklich vaterländisch fühlt und denkt, der hat sich heute hinter die Reichsregierung zu stellen. Leicht ist der Reichsregierung der Entschluß wahrlich nicht geworden. Aber er mußte gefaßt werden, wenn wir die Existenz des Reiches retten wollten.

Das Ergebnis der Berliner Beratungen

Die Reichsregierung hat nun den schwerwiegenden Beschluß gefaßt, den passiven Widerstand abzubrechen, ohne daß sie vorher von Frankreich Zusicherungen erhalten konnte über das Schicksal von Rhein und Ruhr, die Freilassung der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen, Sicherheit von Person und Eigentum in den bedrohten Landesteilen. Die Reichsregierung hat sich dabei ins Reinehen gesetzt sowohl mit den Vertretern des Ruhrgebietes wie mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder und den Führern der Deutschnationalen. Die Ruhrvertreter haben mit Ausnahme der Deutschnationalen der Politik der Reichsregierung ihre Zustimmung gegeben, ebenso die Ministerpräsidenten der Länder, wobei nach Berliner Meldungen auch der bayerische Ministerpräsident die Wichtigkeit des Beschlusses der Reichsregierung eingesehen hat. Auch die Führer der Reichstagsfraktionen haben sich in einer am Dienstag nachm. abgehaltenen Konferenz den Auffassungen des Reichs-Lanzlers angeschlossen mit Ausnahme des Führers der Deutschnationalen, der den passiven Widerstand sogleich durch schärfere Maßnahmen ersetzt wünschte. Deutschland ist am Ende seiner Kraft angelangt, es hat sich entschlossen, den Kampf abzugeben und den Frieden zu suchen. Frankreich hat ihm dabei das nicht gewährt, was jeder andere Sieger ihm von vornherein gewährt haben würde. Aus Berlin wird berichtet, daß der Wi-

derstand in dieser Woche allein 8000—9000 Billionen Mark kostet, eine Summe, die zeigt, daß er einfach nicht mehr zu finanzieren ist. Es handelt sich also bei dem Beschluß der Reichsregierung um eine Maßnahme, die in jedem Fall hätte stattfinden müssen, auch dann, wenn durch erneute französische Sabotage die bevorstehenden Verhandlungen unmöglich gemacht werden sollten und die Reichsregierung neue Wege suchen muß, die Reichseinheit zu erhalten. Die Plenarsitzung des Reichstags, die ursprünglich am heutigen Mittwoch stattfinden sollte, ist nun auf den morgigen Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt worden. Ob das Ruhrproblem in dieser Sitzung bereits behandelt wird, hängt von den Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses ab, der heute nachmittags 4 Uhr zusammentritt. Die Reichsregierung beschäftigt sich nun mit der Frage des Inhalts der angekündigten Proklamation.

Die Konferenz mit den Rhein- und Ruhrvertretern

Aber die am Montag in Berlin stattgefundenen Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete wurde noch ein amtliches Communiqué herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen:

Der Reichs-Lanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterzahlung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen — Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — schon vor einem Abbruch des passiven Widerstandes sichern sollten, erfolglos geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten.

In den Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebiets, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes unbedingt der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse, sonst bestche die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswärtigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen.

Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichs-Lanzler fest, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nunmehr notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Montag nachm. fand im Reichs-Lanzlerhaus die Zusammenkunft eines großen Kreises von Vertretern der Wirtschaftskruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete mit den Mitgliedern des Reichs- und preussischen Kabinetts statt. Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einschlägigen Art des Abbaus aus und äußerten ihre Wünsche im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondergehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse.

Zum Schluß betonte der Lanzler, daß die Reichsregierung auch weiterhin an ihren Zielen, Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr unter allen Umständen festhalten werde. Die Versammlung endete mit einem starken Bekenntnis zur inneren und äußeren Einheit des Reiches.

Die Konferenz mit den Ministerpräsidenten

An der am Dienstag in Berlin abgehaltenen Konferenz nahmen die Ministerpräsidenten aller Länder teil, und zwar Ministerpräsident Braun (Preußen), v. Knilling (Bayern), Dr. Seigner (Sachsen), Kemmerle (Baden), Dieber (Württemberg), Ulrich (Hessen), Stellung (Mecklenburg) usw. über den Verlauf der Konferenz berichtet W.B.:

Nach einer Darlegung des Reichs-Lanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innenpolitischen und vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es die Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer die Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen. Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzutasten, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder den festen Willen, die Einheit des Reiches als ein unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

Nach Berliner Meldungen hat in der Besprechung auch der bayerische Ministerpräsident in lokaler Weise die durchschlagenden Gründe anerkannt, die die Reichsregierung zur Einstellung des passiven Widerstandes veranlaßt haben, und sich der Zustimmung der übrigen Ministerpräsidenten ohne Einschränkung angeschlossen. Im Laufe des Tages hatte Herr von Knilling auch mit dem Reichsminister des Innern, Sollmann, eine Aussprache, in der die Verhältnisse in Bayern eingehend erörtert wurden.

Ein Rundtelegramm der Reichsregierung

Berlin, 25. Sept. (Wolff.). Die Reichsregierung hat folgendes Rundtelegramm erlassen: Am Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten ausschließlich den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten. Etwa erforderliche Notverordnungen über ihre Dienstpflichten erläßt der Herr Reichspräsident.

Berlin, 25. Sept. In der heutigen Sitzung des preussischen Staatsministeriums erklärte der Minister des Innern, er könne die Frage, ob die Ruhe und Ordnung gegen Unruhestifter von rechts und links in Preußen gesichert sei, zuverlässig bejahen. Das Staatsministerium beschloß die Organisation von Volkspolizeien in großem Umfang und wird demnächst einen Aufruf um Geld und Lebensmittel erlassen.

Frankenrische Vorbehalte

Die Pariser Presse macht weiter in Verdächtigungen der deutschen Politik. Der „Temps“ führt aus, Stresemann habe bisher die Politik Cunos nicht desavouiert; er habe das Recht Frankreichs auf Pfänder nicht anerkannt. Er stelle den deutschen Widerstand ein, weil er nicht die Waffe sei, mit der man die Belgier und Franzosen vertreiben könne. Er befehle den Rückzug wie ein General, der sein Heer in Händen behalten wolle für neue Kämpfe. Man spreche sogar davon, daß der passive Widerstand mit den Herzen weitergeführt werde. Wenn es wahr sei, daß Stresemann sogar die Einstellung des passiven Widerstands nur unter Protest und bestimmten Voraussetzungen proklamieren werde, so würde die Lage sehr zweideutig werden und Frankreich müßte bestimmte Vorbedingungen stellen, bevor es verhandeln könnte. Auch das „Journal des Debats“ stellt gewisse Forderungen. Nach seiner Ansicht muß Frankreich ruhig sein Werk im besetzten Gebiet fortsetzen. Es sei geneigt, allen arbeitssamen Elementen die Mühseligkeit zu gestatten, die nur deshalb ausgewiesen seien, weil sie Befehlen ihrer Vorgesetzten gehorcht hätten. Aber die arroganten Beamten, die die Befehle gegen die interalliierten Oberkommissare, die gefügigen Werkzeuge der Organisatoren des passiven Widerstands, alle fanatischen Preußen würden nicht mehr zugelassen. Ja, man müsse sogar dem Reichslangler bedeuten, daß man unter keiner Form in den besetzten Gebieten „antiallierte“ Propaganda (soll wohl heißen antifranciaische) mehr zulassen wolle und daß im übrigen Deutschland die Behörden der „Lügenkampagne“ über die Kriegsverantwortlichkeit ein Ziel seien. Etwas vorsichtiger äußert sich die „Liberte“. Nach ihrer Ansicht hätte die Ruhrbesetzung nur den Zweck, Reparationszahlungen zu sichern. Wenn nun im Ruhrgebiet die Arbeit wieder aufgenommen werde, müßte die Industrie Zahlungsmittel besorgen und Kredite verlangen. Wer soll ihnen den Kredit bewilligen, wenn die deutsche Regierung sich hinter ihrer Finanznot verberge und wenn sie die großen Unternehmungen ohne Zahlungsmittel läßt, so daß also die zahllosen Arbeiter keinen Lohn erhalten können. Alles sei also nach der Kapitulation noch nicht ruhig, und mit der Zurücknahme der Cunoschen Dekrete sei noch nicht alles beendet. Man habe einen politischen und moralischen Erfolg erzielt, aber die in Berlin zugegangene Ohnmacht könne angerufen werden, um zu erklären, daß man nicht reparieren könne. Stresemann verspreche wohl, daß er nicht mehr Widerstand leisten wolle, aber er verspreche nicht, daß er bezahlen werde. Schon im Januar habe Deutschland gesagt, es könne nicht zahlen. Inzwischen aber seien die deutschen Finanzen noch kränker geworden.

Englische Pressestimmen

Die gesamte Londoner Presse befaßt sich eingehend mit der bevorstehenden Aufgabe des passiven Widerstands durch Deutschland. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die Annahme der französischen Besetzung bedeute einfach das Eingekerkertwerden Deutschlands, daß seine wirtschaftlichen Kräfte erschöpft und seine Finanzen ruiniert seien. Wenn das Zustandekommen dieser Lage das Ziel Frankreichs war, so könne es sich zu seinem Siege beglückwünschen. Der Berliner Berichterstatter des „Daily News“ sagt, die Schwierigkeiten, die in Deutschland ständig wachsen, hätten die deutsche Regierung keineswegs eingeschüchtern. Die Rede des deutschen Reichslanglers auf der Konferenz mit den Ruhrdelegationen hätte auch diesen Eindruck gemacht. Auf der Konferenz mit den Parlamentariervertretern des Ruhrgebietes scheine Stresemann den Glauben ausgedrückt zu haben, daß, nachdem einmal der Widerstand eingestellt sei, die vernünftigen Forderungen der deutschen Regierung nach Freifreigabe der von den Franzosen verhafteten Deutschen und die Rückkehr der Vertriebenen von der französischen Regierung zugehen würden.

„Ball Wall Gazette“ schreibt: Es ist nicht sehr ruhmvoll, einen Mann, der bis aufs Hemd ausgezogen wurde, zu befeigen. So wenig wir auch die Deutschen lieben mögen, so haben wir doch Mitleid für die Ausdauer, die sie während des Ruhrkampfes gezeigt haben. Wenn Poincaré glaubt, daß Frankreich ein substantielles Errögnis aus der Ruhrindustrie wird ziehen können, nachdem die im passiven Widerstand anordnenden Verfügungen verstanden sind, so wird er sehen, daß er sich geirrt hat. Sklaven- oder Halbsklavenarbeit kann in der modernen Welt nicht mit Profit unternommen werden, und die weiße Bevölkerung, die unter der Drohung französischer Besetzung in den Händen schwarzer Truppen arbeitet, wird mehr und mehr die Sympathien der Zivilisation gewinnen.

Politische Neuigkeiten.

Entdeckung kommunistischer Waffenlager

Der „Vorw.“ meldet, daß in letzter Zeit 2 kommunistische Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt worden seien. Wie das Blatt behauptet, sollen sie zum Zwecke des Bürgerkrieges in Deutschland mit Hilfe russischer amtierender Organe errichtet worden sein. Besonders schwer belastet das Blatt den amtlichen russischen Militärattaché der russischen Botschaft Petroff, der einige von den in einem der beiden Waffenlager aufgefundenen Waffen bei einer Berliner Waffenfirma gekauft und mit 1500 Dollar bezahlt haben soll. Es handelt sich bei den aufgefundenen Waffen um sieben schwere und 13 leichte Maschinengewehre und Ersatzteile, sowie um einen Minenwerfer.

Die Berliner russische Botschaft hat in einer Erklärung jede Verbindung mit den Waffenschließungen bestritten und angekündigt, daß sie mit der deutschen Regierung Fühlung nehmen

werde, um die Angelegenheit reiflich aufzuklären. Die Reichsregierung wird, wie die Wälder melden, erst nach zweifelsfreier Feststellung des Tatbestandes die Möglichkeit haben, die etwa notwendigen Schritte bei der russischen Botschaft zu unternehmen. Sollte sich herausstellen, daß tatsächlich Mitglieder der Botschaft an der Errichtung der geheimen kommunistischen Waffenlager aktiv beteiligt waren, so würde von deutscher Seite gegen diese Verletzung des Vertrages von Rapallo energig Einpruch erhoben werden.

Kurze Nachrichten

Gegen den Dokumentenfälcher Anspach steht demnächst Termin zur Hauptverhandlung vor der Berliner Strafkammer an. Die Bergarbeiterlöhne. Die Bergarbeiterverbände haben den letzten Schiedsspruch in der Lohnfrage für den Ruhrbergbau abgelehnt.

Der Kommunistaufstand in Bulgarien erscheint nach den Meldungen der bulgarischen Telegraphenagentur niedergeboren.

Badische Uebersicht

Die badische Landesindexziffer

Die Landesindexziffer für die Lebenshaltungskosten (ohne Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts vom 24. Sept. auf 25 933 477,73 (1913/14 = 1). Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (12 938 843,77) beträgt somit 100,5 Prozent.

Die Gerüchte von einer neuen Grenzsperr

Mannheim 25. Sept. (Wolff.). Das in der Holz- und in Berlin verbreitete Gerücht von einer am 1. Oktober neu ein tretenden Brückenperr ist grundlos. Das Gerücht ist vermutlich auf die Tatsache zurückzuführen, daß am 1. Oktober die alten Brückenpässe für ungültig erklärt und neue ausgegeben werden sollen. Die näheren Bestimmungen werden wohl im Laufe des Tages veröffentlicht werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Anlässlich des Streiks in Lörrach und Freiburg brachten einzelne Tageszeitungen die Mitteilung, daß das Verkehren einiger Züge dadurch unmöglich geworden sei, daß die Lokomotivführer und Heizer nicht zum Dienst erschienen. Auf Wunsch der beteiligten Beamtengruppen wird von zuständiger Stelle festgestellt, daß das Lokomotivpersonal seine Pflicht auch während der bewegten Tage in Lörrach und Freiburg reiflich erfüllt hat.

Die Schließung des badischen Einzelhandels vom 26. Sept. beträgt 3 660 000 (Vorjahr 4 440 000). ep. Aus der evang. Landeskirche. Der diesjährige evang. Frauen Sonntag wird am 21. Oktober gefeiert werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Der drohenden Not dieses Winters

und überhaupt der Lage der Erwerbslosen, der Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen galt eine Besprechung die am gestrigen Dienstag abend im Rathhausaal stattfand. Der Einladungs des Oberbürgermeisters waren zahlreiche Vertreter der Erwerbsgruppen, der Kammer, der Gewerkschaften sowie der in Betracht kommenden sonstigen Organisationen gefolgt. Es ist kein Zweifel, daß wir in diesem Winter infolge der ersten immer trostloser sich gestaltenden Entwicklung der Wirtschaftslage, deren Auswirkungen sich ja jetzt bereits vor allem in dem beängstigenden Steigen der Arbeitslosigkeit auf das Empfindlichste fühlbar machen, schwieriger u. auch gefährlicheren Verhältnissen, als wir sie je bisher erlebt haben, entgegen gehen. Alles muß geschehen, um wenigstens die schlimmste Not abzuwehren und auf allen Gebieten wird es gelten, zu helfen. Die Vorgänge, wie wir sie in Baden erlebt haben, sind sicher nicht nur eine Folge politischer Verheerung, sondern zum sehr erheblichen Teil wirtschaftlicher Not. Es ist zu bedenken, was erst im Winter werden soll, wenn die Notleidenden aus ungeheuren, vielleicht auch unbeschreiblichen Notständen geradezu auf die Straße getrieben werden. Reich, Staat, Gemeinden werden sicher tun, was sie tun können, aber ihre Mittel sind beschränkt und an und für sich schon aufs äußerste in Anspruch genommen und freiwillige private Hilfe muß in weitestgehendem Umfang hinzutreten. In einer einleitenden Ansprache gab Oberbürgermeister Dr. Winter einen Überblick über den Kreis der einer Fürsorge am dringendsten Bedürftigen. Zu den Alten und Siechen kommen nun die Arbeitslosen, die trotz Erwerbsfähigkeit und des Willens zur Arbeit in der Straße liegen und deren Zahl täglich wächst. In Karlsruhe berechnen wir bereits 3000 Erwerbslose, die durch Gemeinde, Staat und Reich zwar Unterstützung erhalten, wobei aber zugegeben werden muß, daß sie nicht ausreichen, den Betroffenen ihre Arbeitskraft zu erhalten. Es müßte also freiwillige Hilfe in Anspruch genommen werden. Dabei werde leider infolge der allgemeinen Wirtschaftslage die Zahl derer immer kleiner, die man darum angehen könne.

In einer eingehenden Aussprache beschäftigte sich die Versammlung damit, wie hier Hilfe gebracht werden könne, wobei den Vertretern der Gewerkschaften, der Kriegsbeschädigten, der Kleinrentner usw. Gelegenheit gegeben war, die Lage der von der Not Betroffenen zu schildern. Vertreter der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer, der Handwerkskammer gaben die Zusätze, daß in ihren Kreisen gesehen solle, was möglich sei. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Lage zahlreicher Handels- und Gewerbetreibenden immer schwieriger werde und es viele Betriebe gar nicht mehr wissen, woher sie Geld aufzubringen sollen. Der Vertreter der Landwirtschaftskammer wies darauf hin, daß in Baden noch viele Meliorationen gemacht werden könnten, aber die Landwirte bräuchten hierzu Kredite vom Reich und außerdem sei es fraglich, ob ein größerer Prozentsatz der arbeitslos gewordenen Industriearbeiter, welche die Landarbeit nicht gewohnt seien, in der Lage sind, solche Arbeiten auszuführen. Dieser Redner, wie auch ein Vertreter der landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften sicherten die Unterstützung mit Nahrungsmitteln zu, wobei letztere darauf hin-

wies, daß die Periode zwischen Herbst- und Spätkartoffelernte in jedem Jahr, besonders aber in diesem, Verlorengegangener bringe. Auch der Einzelhandel wird nach der Ankündigung seines Vertreters versuchen, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Einen bemerkenswerten Vorschlag machte in der Aussprache Kaufmann Stern, der für einen freiwilligen prozentualen Zuschlag zur Umsatzsteuer in Höhe von ein Viertel oder ein Zehntel Prozent eintrat und anregte, daß auch die Beamten, Angestellten und Arbeiterorganisationen sich mit der Frage beschäftigten müßten, ob nicht vielleicht 1/2 oder 1 Prozent vom Lohn und Gehalt für diese Zwecke freiwillig abgegeben werden möchte. Die so auferlegbaren Summen würden jeweils sich der Geldentwertung in erheblichem Maß anpassen und somit sozusagen wertbeständige Einnahmen für das Hilfsvermögen sein. Ein Vorschlag eines anderen Redners ging dahin, eventuell einzelne städtische Gebäude wo das sozial keine Bedenken habe für diese Zwecke durch besondere Zuschläge zu erhöhen. Sammlungen für eine Winternotabgabe in Theater, Klubs während der Rausen zu veranstalten, einen besonderen Zuschlag zur Luxussteuer zu erheben. Ein weiterer Redner regte an, man möge noch versuchen, von dem Land Hilfe zu erhalten.

Ein Vertreter der Gewerkschaften führte aus, daß augenblicklich neben der Ruhrfrage die Arbeitslosenfrage die dringende Frage in Deutschland ist, auch wegen ihrer politischen Auswirkungen. Zurzeit betrage die höchste Unterstützung für den einzelnen Arbeitslosen 1,5 Millionen pro Tag. Diese Unterstützung reiche zum Leben nicht mehr aus. Reich, Land und Stadt haben aber nicht die Mittel, mehr zu gewähren. Es sei nicht nur ein Gebot der Notwendigkeit, sondern auch der Moral hier zu helfen. Am besten wäre es freilich, wenn Wege gefunden würden, möglichst viele Arbeitslose wieder einzustellen. In erregender Weise schilderte der Vertreter der Kleinrentner die dort herrschende Not. 85 bis 90 Prozent davon seien alte Frauen, die still und schweigend das Allerschwerste dulden. Sie seien noch viel schlechter daran als die Arbeitslosen. Die erste Hälfte des September gab es 1/2 Million täglich, jetzt täglich 5 Millionen Mark.

Oberbürgermeister Dr. Winter sagte in seinem Schlußwort das heute Gehörte und die einzelnen Vorschläge aufzunehmen und sagte zu, daß von der Stadt aus gesehen werde, was möglich sei. Erst heute sei zur Kartoffelbeschaffung von der Stadt ein Kredit von 200 Milliarden hergegeben worden. Der Oberbürgermeister kündigte ferner die Bildung eines kleineren Ausschusses für das freiwillige Hilfsvermögen und zur Bewerlichung der heutigen Vorschläge an, der zusammengefaßt werden soll sowohl aus Vertretern der Kreise; an die man sich wenden will, wie auch der Kreise, denen Hilfe zuteil werden soll. In den Zeitungen solle ein Aufruf erlassen werden. Sammlungen können nebenher gehen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 26. September vorbörslich

	26. September	Mont. Berlin	Paris u. 26. Sept.
Amsterdam	51 750 000	47 481 000.-	47 791 000.-
Kopenhagen	—	21 745 500.-	21 654 500.-
Italien	—	5 625 900.-	5 654 100.-
London	600 000 000	548 025 000.-	551 375 000.-
New York	131 500 000	120 697 500.-	121 322 500.-
Paris	—	7 692 500.-	7 692 500.-
Schweiz	—	21 005 500.-	21 714 150.-
Frankfurt	2 960 000	3 620 925.-	3 883 975.-

Amstliche Dollarnotierung der Frankfurter Börse.

vom 25. Sept.: Geld 109 725 000, Brief 110 275 000.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Mündelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Tausend Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 850 000
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 800 000
5% Rhein-Wald-Donau-Gold-Anleihe	—
7% Redarwerke Goldanleihe	—
5% Preussische Gold-Anleihe pro 100 kg	ca. 230 000
5% Sächsischer Roggen-Anleihe pro Ztr.	—
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca. 120 000
Dollarschuldenschein des Deutschen Reichs	ca. 120 000
Ferner nennen wir noch die nicht minderbessere	—
5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim	ca. 26 000

Verschiedenes.

Erdbeben in Persien.

Neuter meldet aus Teheran: In Rudjrat (Provinz Chorasfan) wurden durch ein Erdbeben am Donnerstag mehrere Dörfer vollständig zerstört. 123 Personen wurden getötet und etwa 100 verletzt. Die Erdstöße dauern noch an.

Grubenunglück in England.

In einem Bergwerk bei Kalkirk in der Nähe von Gladstone sind Dienstag früh infolge Motoreneintrucks 40 Bergleute ums Leben gekommen. Das Unglück ist das größte, das sich seit 1913 in England ereignet hat.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Technischen Aufschlußkommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Aethylenerens und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen werden die Aethylenerensapparate der Firma Ammon & Co., Berlin, S. 59, Gräsestraße 55/56 in den Größen 1, 2 und 3 unter der Typennummer 3. 88 gemäß § 12 und in den Größen 1, 2, 3, 4 und 5 unter der Typennummer A. 75 gemäß § 14 der Aethylenerensverordnung vom 23. Oktober 1914 in jederzeit widerruflicher Weise für Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 21. September 1923.

Der Badische Arbeitsminister.

J. W. Fuchs. Spiegel.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

St. Mafien. L. 876
Zum Güterrechtsregister Band I Seite 345 wurde heute eingetragen: Scheerer, Wendelin, Kaufmann in Lohmooß, und dessen Ehefrau, Ida geb. Wasmmer. Durch Ehevertrag vom 10. September 1923 wurde als eheliches Güterrecht die Gütertrennung vereinbart. St. Mafien, 17. Sept. 1923. Gerichtsschreiberi. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. L. 893
An das Güterrechtsregister wurde eingetragen: Säuber, Josef, Konditor, und Helene geb. Dieb in Heidelberg. Durch den Vertrag vom 31. August 1923 ist die Gütertrennung nach den §§ 1426 ff. des BGB. vereinbart. Bruchsal, 18. Sept. 1923. Amtsgericht.

Durlach. Güterrechtsregister. Eingetragen am 21. September 1923: Rühlig, Eugen Otto, Baumeister in Söllingen, und Lydia geb. Reif. Durch Vertrag vom 14. September 1923 wurde unter Aufhebung

des feitherigen Güterstands der Errungenschaftsgemeinschaft Gütertrennung vereinbart. Amtsgericht. L. 904

Offenburg. L. 857
Güterrechtsregister eintragung Band II S. 474: Anton Müller, Bahnschlosser in Offenburg, und Rosa geb. Müller geborene Witten-dorfer. Vertrag vom 7. September 1923. Errungenschaftsgemeinschaft. Das in § 2 des Vertrags bedingte einseitige Gut der Ehefrau ist als Vorbehaltsgut erklärt worden. Amtsgericht. L. 904

Offenburg. L. 857
Güterrechtsregister eintragung Band II S. 474: Anton Müller, Bahnschlosser in Offenburg, und Rosa geb. Müller geborene Witten-dorfer. Vertrag vom 7. September 1923. Errungenschaftsgemeinschaft. Das in § 2 des Vertrags bedingte einseitige Gut der Ehefrau ist als Vorbehaltsgut erklärt worden. Amtsgericht. L. 904

Recht. Obhändlerin. Vertrag vom 12. Juli 1923. Gütertrennung. Offenburg, 12. Sept. 1923. Bad. Amtsgericht I.

Schopfheim. L. 875
Zum Güterrechtsregister Band I Seite 304 wurde heute eingetragen: Schöngens, Wirth Jakobann Friedrich, Schlossermeister in Schopfheim, und Gertrud geb. Hanna. Vertrag vom 6. September 1923. Errungenschaftsgemeinschaft. Schopfheim, 16. Sept. 1923. Amtsgericht.

Eppingen. L. 901
Zum Güterrechtsregister Band I Nr. 18 wurde eingetragen: Schöngens, Wirth Jakobann Friedrich, Schlossermeister in Schopfheim, und Gertrud geb. Hanna. Vertrag vom 6. September 1923. Errungenschaftsgemeinschaft. Schopfheim, 16. Sept. 1923. Amtsgericht.